
Vorstoss-Nr: 241-2011
Vorstossart: **Motion**
Eingereicht am: 05.08.2011
Eingereicht von: Zuber (Moutier, PSA) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 0
Dringlichkeit: Ja 12.09.2011
Datum Beantwortung: 24.08.2011
RRB-Nr: 1418/2011
Direktion: VOL

Nationalbank muss gegen starken Franken vorgehen

Der Regierungsrat wird bei der Schweizerischen Nationalbank offiziell vorstellig, damit diese die ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt, um den Höhenflug des Schweizer Frankens zu bekämpfen.

Begründung:

Der Höhenflug des Schweizer Frankens und sein historisch hoher Wert gegenüber dem Euro und dem US-Dollar sind für die Schweizer Unternehmen, die in der Exportwirtschaft oder im Tourismus tätig sind, Anlass grösster Sorgen. Kürzlich hat Nick Hayek, der Chef der Swatch Group, seine Befürchtungen geäussert und vor einer Wirtschaftslage gewarnt, die angesichts der Währungssituation «sehr, sehr schwierig» werden könnte. Wie auch andere Firmenchefs ist Nick Hayek der Ansicht, dass «die Nationalbank unbedingt das Ruder übernehmen, gegen den Höhenflug des Schweizer Frankens ankämpfen und die Schweizer Währung vor Spekulanten, die ihren Wert in die Höhe treiben, schützen muss».

Nick Hayek glaubt, dass sich die Nationalbank einen Euro-Wechselkurs von CHF 1.35 zum Ziel setzen sollte. Während die Parität zwischen Euro und Franken immer mehr in die Nähe rückt und der schwächelnde Euro alle europäischen Regierungen in Alarmbereitschaft versetzt, ist es für die Schweiz dringlich, ihre Währung mit einer entschlossenen Intervention der Schweizerischen Nationalbank und den ihr als geeignet erscheinenden Massnahmen zu schützen.

Die Mobilisierung der Wirtschaft verdient es, von den politischen Behörden unterstützt zu werden, insbesondere von jenen Kantonen, deren Wirtschaft export- und tourismusorientiert ist, wie dies im Kanton Bern der Fall ist.

Als Vertreter einer Industrieregion, die zum wirtschaftlichen Wohlstand des Landes beiträgt, möchte ich an dieser Stelle daran erinnern, dass die Uhrenregion, die sich vom Valée de Joux bis nach Solothurn erstreckt, rund 15 Prozent des schweizerischen Exports generiert, obwohl sie nur gerade 8 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht! Der Handelsbilanzüberschuss dieser Wirtschaftsregion mit dem Ausland übertrifft 5 Milliarden Franken. (Was insbesondere den Kanton Bern betrifft, so beträgt der Anteil des Berner

Juras an der gesamtkantonalen Exportwirtschaft rund 20 Prozent, also rund vier Mal mehr als sein Bevölkerungsanteil). Die Industrieunternehmen der Region, von denen einige unbestritten weltweit führend sind, umfassen insgesamt über 11 000 Arbeitsplätze, das sind 50 Prozent aller Industriearbeitsplätze im Kanton oder rund das Doppelte des kantonalen Verhältnisses zur Schweiz (27 %).

Diese Zahlen zeigen, dass es eine solche Industrieregion verdient, vor spekulativen Währungsbedingungen, die von aussen gesteuert werden und denen sie ohnmächtig ausgesetzt ist, geschützt zu werden.

Ein Beschluss des Grossen Rates in diesem Sinne wäre ein starkes Signal in Richtung Nationalbank. Die rasche Entwicklung in diesem Bereich erfordert ein rasches Handeln.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Antwort des Regierungsrats

Der starke Franken beschäftigt die Wirtschaft, die Politik und die breite Öffentlichkeit in grossem Masse. Die Überbewertung des Schweizer Frankens wird sich auch auf die Berner Volkswirtschaft erheblich auswirken. Deshalb erachtet es der Regierungsrat als sehr wichtig, seine Position zur Währungssituation möglichst bald dem Grossen Rat vorzulegen. Er hat alles unternommen, damit der Vorstoss noch in der Septembersession behandelt werden kann.

Die allgemeine wirtschaftspolitische Lage der letzten Wochen ist geprägt durch grosse Unsicherheiten. Sie sind ausgelöst worden durch die Schuldenkrisen in der Europäischen Union und den USA. Verschärft wurden diese Krisen durch eine Uneinigkeit der Politik sowohl in der Europäischen Union als auch in den USA, wie die Krisen zu überwinden seien. Dies führte zu grossen Unsicherheiten auf den Finanzmärkten. Als Folge davon hat der Schweizer Franken als sogenannt «sicherer Hafen» stark an Wert gewonnen. Begünstigt wurde die Aufwertung des Frankens durch die soliden Staatsfinanzen sowie das stabile institutionelle und politische Umfeld der Schweiz. Sowohl das Ausmass als auch das Tempo der Aufwertung sind sehr aussergewöhnlich. Wechselkurse, die noch vor einem Jahr als Überbewertung des Schweizer Frankens beurteilt wurden, sind aus heutiger Sicht ein kaum erreichbares Kursziel. Die Situation ist insbesondere für die Exportwirtschaft sowie den Tourismus dramatisch und nicht vergleichbar mit den sonst üblichen Währungsschwankungen, mit denen unsere Wirtschaft umgehen kann.

Der Kanton Bern ist aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur stark betroffen. Er ist der fünftgrösste Exportkanton der Schweiz. Die bedeutendsten Exportgüter sind Industriemaschinen und Uhren. Sie machen 45 Prozent aller Exporte aus dem Kanton Bern aus; im Jahr 2010 hatten sie einen Wert von 5,5 Milliarden Franken. Exportorientierte Unternehmen gibt es im ganzen Kanton und über deren Zulieferer ist auch die Binnenwirtschaft mit den Auswirkungen des starken Frankens konfrontiert. Auch der in der Berner Volkswirtschaft bedeutsame Tourismus ist stark von den Wechselkursen abhängig. Der ganze Kanton und nicht nur der Berner Jura oder das Berner Oberland spüren deshalb den überbewerteten Franken.

Aus diesen Gründen verfolgt der Regierungsrat die Entwicklung auf den Finanzmärkten mit grosser Sorge. Er ist entschlossen, in seinem Einflussbereich Projekte voranzutreiben, die zu einer dauerhaften Stärkung des Wirtschaftsstandorts und damit zu einer Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Berner Unternehmen beitragen. Die folgenden zwei aktuellen Beispiele zeigen auf, wo der Regierungsrat konkret ansetzt: In der Septembersession des Grossen Rates wird die Revision des Tourismusentwicklungsgesetzes beraten, mit der die Marktbearbeitung gestärkt werden soll. In der Novembersession wird die Wirtschaftsstrategie 2025 behandelt, der eine langfristige Betrachtungsweise zugrunde liegt.

Langfristig wirkende Massnahmen sind zentral, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts dauerhaft zu verbessern. Demgegenüber stehen dem Regierungsrat kurzfristig keine griffigen Instrumente zur Verfügung, die zu einer Entlastung der von der Frankenstärke betroffenen Unternehmen führen könnten.

Kurzfristige Massnahmen in der Konjunktur- und Währungspolitik sind in der Zuständigkeit des Bundes. Deshalb hat der Regierungsrat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat am 17. August 2011 im Grundsatz beschlossen hat, die Exportwirtschaft mit konkreten Massnahmen zu stützen. Insbesondere die Aufstockung bestehender und bewährter Massnahmen dürfte innerhalb kurzer Zeit Erfolg versprechen. Die weiteren, in den Einzelheiten noch nicht konsolidierten Massnahmen, müssen noch entwickelt und auf ihre Eignung geprüft werden. Dabei erwartet der Regierungsrat, dass Massnahmen beschlossen werden, die rasch greifen und sich auf die Milderung der Auswirkungen der Währungsrisiken fokussieren. Er erwartet ebenfalls Massnahmen, die die allgemeinen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auf Stufe Bund verbessern und generell Handelshemmnisse abbauen, die zurzeit noch die Hochpreisinsel Schweiz schützen. Dazu gehören von der Stossrichtung her auch die Stärkung des Preisüberwachers und der Wettbewerbskommission sowie eine Verschärfung des Kartellrechts.

Die Geld- und Währungspolitik ist Aufgabe der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Sie erfüllt diese Aufgabe als unabhängige Zentralbank. Gemäss der Bundesverfassung und dem Nationalbankgesetz lässt sie sich vom Gesamtinteresse des Landes leiten. Ihr vorrangiges Ziel ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Der Regierungsrat begrüsst die von der Nationalbank beschlossenen Massnahmen gegen die massive Überbewertung des Schweizer Frankens und erwartet, dass sie weiterhin alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten prüft und gezielt einsetzt, wenn es die sich rasch ändernde Situation erfordert.

Die Motion verlangt eine offizielle Kontaktaufnahme des Regierungsrates mit der SNB. Solche offiziellen Kontakte finden bereits heute regelmässig zwischen dem Regierungsrat und dem Präsidium der SNB statt. Damit ist der gegenseitige Informationsaustausch sichergestellt und der Regierungsrat kann die Anliegen des Kantons Bern einbringen. Der Regierungsrat wird auch beim nächsten Treffen seine Haltung zur Währungssituation vorbringen. Er betont in diesem Zusammenhang erneut, dass die Lage mit den üblichen Währungsschwankungen nicht vergleichbar ist und dass sowohl der Tourismus als auch die Exportindustrie im ganzen Kanton Bern auf die Interventionen der SNB angewiesen sind. Diese Position hat der Volkswirtschaftsdirektor im August bereits im Vorstand der Konferenz der Schweizer Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) eingebracht. Das Anliegen der Motion ist mit diesen verschiedenen Interventionen somit erfüllt.

Antrag Annahme der Motion unter gleichzeitiger Abschreibung.

An den Grossen Rat